

# A Call to stop the Second Invasion

Die vielleicht schärfste Kritik an den Verstrickungen der US-Regierung kommt aus den Vereinigten Staaten selbst, wie diese Petition gegen die "Kriegsgewinnler" belegt. (d. Red.)

Today, in the wake of the military destruction and occupation of Iraq, a second invasion has begun: the invasion of powerful corporations who seek to reap billions in profits off the devastation of war, and who aim to seize the wealth and resources that belong to the Iraqi people.

Through multi-billion-dollar "reconstruction" contracts, a handful of well-connected, mostly U.S. corporations - many with scandal-ridden business records - are making hundreds of millions in war profits. Bechtel, Halliburton, MCI and other companies have landed lucrative contracts - which include hundreds of millions in taxpayer-funded profits - despite sordid histories of financial fraud, cost overruns, and devastation in local communities across the globe.

The "reconstruction" profiteers are part of a larger corporate agenda to control the wealth and resources of Iraq. Paul Bremer, U.S.-appointed viceroy of Iraq, recently announced that "our strategic goal in the months ahead is to set in motion policies which will have the effect of reallocating people and resources from state enterprises to the more-productive private firms."

U.S. occupying forces are selling off everything from oil field technology, to transportation services, to Iraq ministries. Global multinationals are lining up to gobble up and profit off the lucrative oil and water industries of the country. Through wide-scale privatization, lowering "barriers to entry for new firms," and changing Iraqi commercial law to "encourage private investment," the Bush Administration and U.S. occupying forces are ensuring that long after the military forces are gone, the occupation of Iraq by foreign multinational corporations will continue.

**We can stop the war profiteers and looters!**

We the undersigned join the growing movement demanding an end to U.S.-led war profiteering and corporate looting of Iraq's wealth and resources.

- We call on Congress to immediately convene hearings to investigate the activities and influence of the war profiteers: After World War I, Senator Gerald Nye launched the Munitions Investigating Committee in 1934 to examine the influence of arms manufacturers during the war. We call on Congress to investigate war contractors and their undue political influence.

- We call on Congress to curb war profiteering through an "excess profits tax": During the Civil War, World War I, World War II, and the Korean War, the U.S. government instituted an "excess profits tax" to ensure companies didn't profit off death and destruction. The Berkeley city council recently passed a resolution urging Congress "to introduce legislation calling for a high percentage tax on all excess profits on every contract dealing with U.S. military action in Iraq and/or the 'rebuilding' of Iraq."

- We call for an end to the corporate take-over and selling-off of Iraq's industry and resources, and demand that they be returned immediately to the Iraqi people. The wealth of Iraq belongs to the people of Iraq - not multinational corporations. Control of Iraq and its resources must be returned to the people.

The Institute for Southern Studies/Southern Peace Research and Education Center has launched this War Profiteers Campaign to expose the war profiteers and stop the corporate invasion of Iraq. To endorse this statement, use the form on:  
[www.southernstudies.org/campaignpage.asp](http://www.southernstudies.org/campaignpage.asp)

FORUM NR. 229

# Arbeitslos - und dann?

Für die politische Klasse kein Thema, stellt die Monatszeitschrift Forum fest, und greift wohl gerade deshalb die Problematik Arbeitslosigkeit in ihrer neuesten Ausgabe auf.

36% mehr Arbeitslose als vor einem Jahr, meldete die Oppositionszeitung Tageblatt im Juli 2003. Fast klang es nach einem Sommerlochthema, denn der Beitrag blieb eine Eintagsfliege. Im Mai erwähnte Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage des Landes das Thema mit keiner Silbe. Seine Intervention beim Satellitenbetreiber SES gegen geplante Entlassungen war sozusagen eine Privatinitiative: Arbeitsmarktpolitik wird in Luxemburg mittels persönlicher Beziehungen geregelt, nicht aufgrund politischer Maßnahmen. Im Interview, das sie forum gewährte, meint auch die Direktorin des Arbeitsamts, ihre Verwaltung habe das Problem voll im Griff.

Bei der Präsentation des Staatsbudgets für 2004 verkündete der Budgetminister einen Einstellungsstopp für alle Verwaltungen (außer Polizei und Schule), doch die Folgen für den Arbeitsmarkt waren nicht einmal für die Opposition ein Thema. Selbst die Gewerkschaften üben kaum Kritik an der (nicht existierenden) Regierungspolitik gegen die steigende Arbeitslosigkeit. Solange keine großen Betriebe betroffen sind und keine spektakuläre Massenentlassungen drohen, ist das Thema uninteressant, um die für November anstehen Sozialwahlen zu gewinnen: Arbeitslose haben dabei kein Wahlrecht.

Nun kann man mit Blick aufs Ausland in der Tat behaupten, 3,7% Arbeitslosigkeit seien nicht der Rede wert. Alle sind überzeugt, dass es sich 'nur' um einen konjunkturellen Einbruch handelt, der bald schon wieder vergessen sein wird. Aber auch nachdem die 'hohen' Arbeitslosenquoten von über 3% aus den Jahren 1996-97 dank Hochkonjunktur wieder gefallen waren, blieb ein Arbeitslosensockel von über 2,5% der aktiven Bevölkerung. Wer das als gering betrachtet, hat sicher weltwirtschaftlich gesehen recht.

**Wir sind der Sockel!**

Die Betroffenen sehen das aber anders. Selbst in den Mittelschichten beginnt sich das Bewusstsein durchzusetzen, dass jeder betroffen sein kann. Arbeitslosigkeit droht nicht mehr nur dem portugiesischen Bauarbeiter. Gestern wurden Bankbeamte entlassen. Die Zahl der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung steigt. Aber immer noch gibt es bei manchen Zeitgenossen, die Frédéric Mertz beschreibt, die Einstellung: "Wer keine Arbeit findet, ist selber schuld."

Gegen Vorurteile ankämpfen ist immer schwer. Wenn diese sich aber auch in staatlichen Strukturen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widerspiegeln (vgl. Beitrag von Jos Freylinger), wird der Kampf, nicht nur gegen Vorurteile, sondern gegen falsche Strategien geradezu aussichtslos.

Es wird nämlich immer offensichtlicher, dass der Staat die Langzeitarbeitslosen und

schwer Vermittelbaren den sog. Beschäftigungsinitiativen überlässt, die in den 80er und 90er Jahren aus dem Boden geschossen sind. Deren offizielles Ziel ist zwar die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, aber im Stillen scheint man sich damit abgefunden zu haben, dass das nicht realistisch ist. Während das Arbeitsministerium für konjunkturelle Arbeitslosigkeit zuständig ist, betreut das Familienministerium diese Initiativen: aus Arbeitslosen werden Sozialfälle. Die Zahl der Obdachlosen nimmt zu, titelte das Luxemburger Wort am 9. August 2003.

Die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte zeigt in der Tat, dass die Zeiten von 0% Arbeitslosen auch in Luxemburg seit Anfang der 1980er Jahre definitiv vorbei sind. Das ist eben nicht nur eine Konjunkturfuge. Die Arbeit wird einfach knapper in einem auf Profitmaximierung und Aktiengewinne ausgerichteten Wirtschaftssystem, in dem der Arbeitsfaktor der teuerste ist.

Premierminister Juncker weigert sich dennoch über neue Zeitmodelle (35-Stunden-Woche, kürzere Lebensarbeitszeit mit progressivem Einstieg ins Rentenalter, u. ä.) zu diskutieren unter dem Vorwand, a) dass Luxemburgs Wirtschaft ohnedies schon die Arbeitslosen aus ganz Saar-Lor-Lux-Wallonien beschäftigt, b) dass zur Finanzierung der zukünftigen Renten das Rentenalter eher erhöht als herabgesetzt werden muss.

Eine regionale Perspektive in der Arbeitsmarktpolitik lässt sich aber auch nicht erkennen. Genauso wenig eine nicht vom Besitzstanddenken beherrschte Rentendiskussion.

Mit den menschlichen Folgen der Arbeitslosigkeit - lesen Sie dazu den Beitrag einer

ex-arbeitslosen Psychologin! - sind aber weder Minister noch Verwaltungen konfrontiert, sondern die genannten Beschäftigungsinitiativen. Drei davon stellen sich und ihre Arbeit im folgenden Dossier vor. Auffälligerweise haben die wenigsten auf unsere Frage nach den Prioritäten und Zielen ihrer Tätigkeit geantwortet: welchem Typ von Arbeitslosen wollen sie vorrangig ihre Hilfe anbieten, mit welchem Ziel, mit welchen Mitteln?

Die wenigsten scheinen auch den Werdegang ihrer 'Schützlinge' nach deren Ausscheiden aus der Wiedereingliederungsmaßnahme zu verfolgen. Pragmatismus ist angesagt. Angesichts der drängenden Not und der steigenden Zahlen kann man den einzelnen Vereinigungen daraus sicher keinen Vorwurf machen. Doch langfristige Lösungen können sie unter diesen Umständen auch nicht darstellen. Dieses Vorgehen ohne Weitsicht soll nun aber von einem Gesetzesprojekt der Regierung definitiv verfestigt werden, das Jos Freylinger in seinem Beitrag analysiert. Wohl gibt es kritische Stimmen aus den Reihen der nicht zu sehr politisch bzw. gewerkschaftlich gebundenen Initiativen, doch letzten Endes werden sich wohl alle fügen. Der Geldhahn wird auch die paar Systemkritiker gefügig machen.

Die forum-Redaktion ist sich natürlich bewusst, dass auch sie mit diesem Dossier keinem Arbeitslosen eine Stelle verschafft. (Wenn das Kulturministerium allerdings nicht bald seinen Jahresbeitrag zahlt, riskieren wir in wenigen Wochen zwei Menschen entlassen zu müssen.) Vielleicht kann sie aber dazu beitragen, etliche Vorurteile abzubauen und Fragen über den parteipolitischen Alltag hinaus zu stellen. Denn es wird höchste Zeit, dass auch in Luxemburg die Arbeitslosigkeit zum politischen Thema wird.

**Michel Pauly**

## Fir eng ökologesch Juegd

In unserer heutigen Gesellschaft herrscht großes Unverständnis über das Verhalten vieler Jäger und ihres Verbandes, welche weiterhin auf überholten Positionen verharren und eine Aktualisierung ihres Tuns vor dem Hintergrund veränderter Umweltbedingungen verweigern.

Der Verein "Pour une chasse écologiquement responsable asbl" will sich nicht als Konkurrenz zur "Fédération St.Hubert des Chasseurs Luxembourgeois" verstanden wissen, sondern wird versuchen, den ökologischen Aspekt durch einen konstruktiven Dialog zwischen den Jägern, der Forstverwaltung, den Tierschutzorganisationen, den Grundbesitzern und der Allgemeinheit zu vermitteln. Gleichzeitig wird er die Jagd ständig auf ihre ökologische Relevanz überprüfen.

Die künstliche Manipulation der Wildtierpopulation wird die Jäger über kurz oder lang in eine Sackgasse führen. "Pour une chasse écologiquement responsable asbl" vereint JägerInnen und NichtjägerInnen, die der Überzeugung sind, dass die Jagd in der gesellschaftlichen Diskussion neu zu bewerten ist. Sie ist der Meinung, dass die "naturnahe Jagd" als einzige Art der Wildtiernutzung vernünftig ist. Dies bedeutet eine inhaltliche Neuorientierung der Jagd sowie eine Novellierung der bestehenden gesetzlichen Grundlagen.

**Pour une chasse écologiquement responsable asbl**

Am 30. September veranstaltet der neu gegründete Verein in der Ackerbauschule in Ettelbruck einen Vortragsabend mit anschließendem Rundtischgespräch. Zum Thema "Naturnaher Waldbau und waldverträgliche Schalenwildbestände" wird Wilhelm Bode, Fachautor und leitender Ministerialrat im Ministerium für Umwelt des Saarlandes, referieren.